

Ein Jahr Regierung Tusk

Majcherek, Janusz A.

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Majcherek, J. A. (2008). Ein Jahr Regierung Tusk. *Polen-Analysen*, 43, 2-5. <https://doi.org/10.31205/PA.043.01>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Analyse

Ein Jahr Regierung Tusk

Janusz A. Majcherek, Krakau

Eine Bilanz des ersten Jahrs der Regierung von Ministerpräsident Donald Tusk erfordert eine differenzierte Analyse der Programme und Entscheidungen einerseits und des Regierungsstils andererseits, wobei die beiden Aspekte gleichwertig betrachtet werden sollten. Dieser Zugang zum Thema wird zum einen durch die Umstände und Gründe für den Wahlsieg der *Bürgerplattform* (*Platforma Obywatelska – PO*) im Herbst 2007 und zum anderen durch die nach wie vor für polnische Verhältnisse ungewöhnlich hohe gesellschaftliche Zustimmung zu einer Regierungspartei nach einem Jahr Regierungszeit nahe gelegt. Die Partei des Ministerpräsidenten, die *Bürgerplattform*, hat fast doppelt so viele Anhänger wie die nächstgrößte Partei, die oppositionelle *Recht und Gerechtigkeit* (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*). Dagegen kann sie für wichtige Reformvorhaben nicht auf die Unterstützung des Staatspräsidenten, der Oppositionsparteien oder der Gewerkschaften zählen.

Vor den vorgezogenen Parlamentswahlen im vergangenen Jahr kam es zu einer beispiellosen Mobilisierung der jungen, gut ausgebildeten, in großen Städten lebenden gesellschaftlichen Gruppen, die mit ihren Stimmen über die Abwahl der kaum zwei Jahre lang regierenden Partei der Brüder Kaczyński *Recht und Gerechtigkeit* (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*) entschieden. Der Anstieg der Wahlbeteiligung und die große Abneigung gegenüber der Regierung lag vor allem im Regierungsstil ihrer führenden Köpfe begründet. Dieser drückte sich in der Polarisierung der Gesellschaft aus, im Schüren innergesellschaftlicher Konflikte, in der wachsenden Aggression gegenüber politischen und ideologischen Gegnern, der Initiierung immer neuer Kampagnen gegen tatsächliche und virtuelle Feinde und in zur Schau gestellten Animositäten gegenüber anderen Nationen, darunter auch bzw. insbesondere gegenüber Deutschland. Die zweijährige Phase einer Politik des Kampfes vor allem gegen Personen, der unter dem Schlachtruf einer moralischen Revolution geführt wurde, der Bruch mit dem bisherigen Modell der polnischen Transformation und die Proklamierung der IV. Republik rief in der Gesellschaft Überdruß, Ermüdung und schließlich Empörung hervor, die in den Wahlen abregiert wurden. Ihr Ergebnis war in höherem Ausmaß Ausdruck der Ablehnung der *PiS* als der Unterstützung für die *PO*; es spiegelte eher den Wunsch wider, ersterer die Macht zu entziehen, als sie letzterer zu überantworten. Die Hauptmotivation war die Erwartung, dass sich der Regierungsstil ändern würde und weniger Erwartungen hinsichtlich bestimmter politischer Entscheidungen und Vorhaben. Dies wurde durch die erklärte »Offensive der Nächstenliebe« von Donald Tusk und seiner *PO* genährt, die einen Kontrast zur aggressiven Politik der Kaczyńskis darstellen soll, wobei gleichzeitig

suggeriert wird, dass diese von Hass motiviert war. Die Spaltung der Gesellschaft endete für die Kaczyńskis mit einer Niederlage, denn sie brachten die gesellschaftliche Mehrheit gegen sich auf. Ausdruck dessen sind nicht nur die von *PiS* verlorenen Wahlen, sondern auch die niedrige Bewertung der Präsidentschaft von Lech Kaczyński nach dreijähriger Amtsausübung.

Die Beruhigung der hysterischen Atmosphäre in der Politik, die die Mehrheit der Bevölkerung erwartet hatte, trat tatsächlich ein. Daran hatte auch die geschickte Regierungsbildung der siegreichen *PO* mit der *Polnischen Bauernpartei* (*Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL*) als Juniorpartner Anteil. Dieses Bündnis hebt sich deutlich von den ständigen Streitigkeiten ab, die zwischen der *PiS* und ihren Koalitionspartnern ausbrachen und schließlich zu den vorgezogenen Neuwahlen führten. Außerdem wurden auch stabile, friedliche und routinierte Beziehungen zu den Nachbarstaaten wiederhergestellt, darunter besonders zu Deutschland. Diese Art und Weise, Politik und Regierungsmacht auszuüben, erfährt gesellschaftlich eine große Unterstützung, was sich an Umfrageergebnissen zur Bewertung der *PO* ablesen lässt. Danach übersteigt die Unterstützung für die *PO* nach einem Jahr Regierung Tusk sogar noch die Zustimmung zur *PO* zur Zeit der Wahlen. Größtenteils ist dies allerdings ein Ausdruck der Angst vor einer Rückkehr der *PiS* an die Macht, deren Vertreter immer noch eine aggressive, streitsüchtige Haltung demonstrieren und Konflikte provozieren.

An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass die verbreitete Ablehnung der Polen gegenüber einer Politik, die in Form eines Kampfes oder einer permanenten Revolution verwirklicht wird, nicht dem Stereotyp entspricht, das die Nation als aufbrausend, unverträglich und bereit zu Aufstand und Revolte charakterisiert.

Dies deutet nicht nur auf die Gewöhnung und Verinnerlichung eines demokratischen Ethos hin, sondern auch auf die »Verbürgerlichung« der Gesellschaft, die immer stärker an einem stabilen privaten und öffentlichen Leben interessiert ist, das die bisherigen Errungenschaften zu erhalten und zu nutzen garantiert. Soziologische Untersuchungen zeigen seit Jahren, dass die Polen von der Politik die Fähigkeit zu Konsens und Kooperation erwarten. Die nicht geglückten Versuche, Konflikte zu entfachen und unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen gegeneinander aufzubringen, zeigen den nennenswerten Unterschied zu Gesellschaften wie der spanischen oder italienischen, ganz zu schweigen von der ungarischen oder ukrainischen, die sich zu derlei Konflikten provozieren ließen und in immer tieferen politischen Spaltungen versinken.

Vermeidung dringender Reformen

Die von Tusk betriebene Politik der Beruhigung und Stabilisierung der Stimmung in der Gesellschaft hatte allerdings ihren Preis, nämlich die Vermeidung dringender und notwendiger Reformen, die gesellschaftliche Unruhen hervorrufen könnten. Die ersten Monate der Regierung waren also nicht nur eine Zeit der Stabilität und Ruhe, sondern auch der Stagnation, was immer häufiger und stärker von den unparteiischen Kommentatoren und sogar den Regierungs- oder *PO*-Sympathisanten bemängelt wird. Die »Offensive der Nächstenliebe« schloss eine Reformoffensive aus. Es gelang dabei jedoch nicht, Konflikten und Unstimmigkeiten vollständig auszuweichen, zumal sie von der aggressiven Antiregierungspolitik und -rhetorik der *PiS* hervorgerufen wurden sowie von Staatspräsident Lech Kaczyński, der die Rolle des Hauptgegners der Regierung spielt und sich bemüht, immer aktiver auf ihre Politik (besonders die Außenpolitik) einzuwirken bzw. sie zu sabotieren. Hinzu kommt die Finanz- und Wirtschaftskrise, die zwar nicht primär in Polen stattfindet, deren Auswirkungen jedoch unvermeidlich zu spüren sind.

Die neuralgischen Punkte der polnischen Reformpolitik sind typisch für zeitgenössische, entwickelte europäische Gesellschaften, und zwar sind es das Rentensystem, das Gesundheitswesen, das Bildungssystem und andere Bereiche der Gesellschaftspolitik. In fast allen diesen Fragen stellte die Regierung ihre Vorschläge dar, die erwartungsgemäß Proteste und Einspruch verschiedener gesellschaftlicher Gruppen hervorriefen. Die Politik des Dialogs, der Suche nach Kompromissen und der Erarbeitung von Vereinbarungen, die in der Person des Beraters und Beauftragten des Ministerpräsidenten, Michał Boni, personifiziert ist, zeitigte nur Teiler-

folge. Die Gewerkschaften, die die stärkste und am besten organisierte Lobby verschiedener gesellschaftlicher Gruppen und Interessen sind, stellen sich gegen alle Projekte, die irgendein partikuläres Privileg oder Anrecht berühren; es handelt sich dabei auch oder gerade um solche, die noch aus der Zeit des Kommunismus stammen. Die Lage der Regierung verschlimmert die Tatsache, dass die liberale *PO* keine besondere Beziehung zu den Gewerkschaftszentralen hat, wie es traditionell bei der Linken und der Rechten der Fall ist, so dass diese zumindest auf wohlwollende Neutralität der befreundeten Gewerkschaft zählen können. Die *PO* hat sie alle gegen sich. Hinzu kommt, dass diese im Widerstand gegen die »liberalen« Reformen ihre Kräfte vereinen, indem die antikommunistische *Solidarność* und der postkommunistische Gewerkschaftsbund *Gesamtpolnische Verständigung der Gewerkschaften (Ogólnopolskie Porozumienie Związków Zawodowych – OPZZ)* ihre alten Animositäten überwinden. Die gemäßigte Unterstützung, die Arbeitgebervertretungen der *PO* und der Regierung zuteil werden lassen, sind nicht im Stande, die ablehnende Einstellung der Gewerkschaften gegenüber der Regierung auszugleichen.

Probleme mit Gegnern und Partnern

Die Regierung handelt in einer sie behindernden und ihr feindlich gesonnenen Umgebung ohne Verbündete. Die von der Regierungsverantwortung abgelöste *PiS* nahm eine Haltung kompromissloser Ablehnung ein, was zu erwarten war. Eine gewisse Überraschung bot aber die Politik der Linken, von der zumindest wohlwollende Neutralität gegenüber der Regierung erwartet worden war. Diese ist ja immerhin ein Antidotum gegen die Exzesse der *PiS*, welche auch vom linken Wähler und Establishment sehr kritisch beurteilt wurden. Jedoch machte sich nach dem schwachen Wahlergebnis, dass durch den Wechsel vieler Links-Wähler zur *PO* verursacht worden war, die als einzig fähige Kraft, die *PiS* abzulösen beurteilt wurde, in der *Demokratischen Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD)* Kritik breit und es wurde mit der bisherigen Führungsriege abgerechnet, die für die Wahlniederlage verantwortlich gemacht wurde. Neuer Vorsitzender ist der junge Dogmatiker postkommunistischer Provenienz Grzegorz Napieralski, der die Rückkehr zur linken, radikal antiliberalen – und demnach gegen die Regierung ausgerichteten – Orthodoxie forciert. Das bedeutet, dass die Regierung nicht auf die Stimmen der Linken zählen kann, wenn ihre Initiativen durch das Veto des Staatspräsidenten blockiert oder sabotiert werden, wovon Lech Kaczyński oft und gern Gebrauch macht

und womit er den Erwartungen und Wünschen seines Bruders Jarosław, des Vorsitzenden der stärksten Oppositionspartei *PiS*, entspricht. Die Regierung hat also alle Gewerkschaften gegen sich, die gesamte (linke und rechte) Opposition und den Präsidenten. Darüber hinaus hat die *PO* ein Problem mit dem Koalitionspartner *PSL*, der sich als Partei der Landbevölkerung allen Reformversuchen für das überbevölkerte und zurückgebliebene polnische Dorf sowie für den anachronistischen und ineffektiven Landwirtschaftssektor mit seiner archaischen Agrarstruktur entgegenstellt. Dies stellt ein wesentliches Problem dar, wenn die Regierung Reformen in der Gesellschaftspolitik durchführen will, von denen die Landbevölkerung ausgeklammert bleiben soll. Dass diese alle bisherigen Privilegien und Rechte behalten darf, soll aber dann vom Rest der Gesellschaft mitgetragen werden. Die von Politikern der *PSL* vorgeschlagenen Änderungen im verschwenderischen Rentensystem der Bauern erwiesen sich als nur kosmetische Korrektur einer Rentenpolitik, die jährlich Milliarden des Staatshaushalts verschlingt.

Der Druck auf die Regierung wird allerdings dadurch vermindert, dass die zahlreichen Gegner schwach sind und immer schwächer werden. Die *PiS*, unfähig, ihre aggressive Rhetorik und streitsüchtige Strategie abzulegen, hat einen konstant geringen Rückhalt in der Gesellschaft, weniger als zur Zeit der Wahlen 2007 und halb so viel wie die *PO*. Ähnlich schwach sind die Umfrageergebnisse für Staatspräsident Kaczyński und seine Chancen, wiedergewählt zu werden, sind gering. Es steigt also die Wahrscheinlichkeit seiner Niederlage gegen den derzeitigen Favoriten für das Amt des Staatspräsidenten in zwei Jahren, Donald Tusk, womit ein Hindernis für die Regierungstätigkeit der *PO* ausgeräumt wäre. Die Linke mit ihrer neuen Führung müht sich nach wie vor am Rand ab und ihre gegen die Regierung eingestellte Strategie macht es ihr unmöglich, die Rolle des Schiedsrichters in Konflikten zwischen der Regierung und dem Staatspräsidenten zu spielen, wozu sie aber eigentlich ihre parlamentarische Position berechtigen würde.

Negativen Einfluss auf die Tätigkeit der Regierung hat auch die Finanz- und Wirtschaftskrise, die aus von ihr unabhängigen Gründen zutage trat. Dass es keine bedrohlichen und turbulenten Einbrüche und Ereignisse im polnischen Finanz- und Wirtschaftssystem gab (sieht man von dem Zusammenbruch der Börse ab, der mit dem globalen Trend einherging, sowie vom Kursverfall der heimischen Währung), weist auf die große Widerstandskraft gegen den Druck der negativen Prozesse hin, die in der globalen Wirtschaft und anderen Volkswirtschaften innerhalb der EU ablaufen. Die

Regierung reagiert adäquat, indem sie die Balance zwischen der notwendigen Wachsamkeit und der Vermeidung gesellschaftlicher Besorgnis durch zu heftige Reaktionen hält. Die Gesellschaft verhält sich überraschend ruhig und zeigt weder Hysterie noch Panik. Wenn nicht noch eine gewaltige, von außen hervorgerufene Erschütterung eintritt, hat die polnische Wirtschaft die Chance eines sanften Übergangs in eine Phase langsamerer Entwicklung und könnte eine Rezession umgehen.

Bewährungsproben

Dies hängt auch von der Politik der Polnischen Nationalbank ab, einer weiteren Institution, die der Regierung nicht wohl gesonnen ist und von einem wenig erfahrenen und wenig kompetenten Vorsitzenden geleitet wird. Er wird von Staatspräsident Kaczyński protegirt und ist eng mit diesem verbunden. In letzter Zeit sind jedoch immer mehr und stärkere Signale einer guten Zusammenarbeit zwischen der Bank und der Regierung zu beobachten. Einer der ausschlaggebenden Impulse war der von Ministerpräsident Tusk vorgestellte Plan, wonach Polen 2012 der Eurozone beitreten soll. Die Umsetzung dieses prestigereichen Projekts erfordert nicht nur die Koordination mit der Nationalbank (die Zurückhaltung demonstriert, und sei es nur aus dem Grund, dass die Einführung der europäischen Währung in Polen das Ende der Existenz der polnischen Nationalbank bedeuten würde), sondern auch eine verantwortungsbewusste makroökonomische Politik. Der aus Großbritannien reemigrierte Finanzminister Jacek Rostowski gilt als fähiger Experte, doch die erwartete wirtschaftliche Verlangsamung wird die Haushaltseinnahmen im nächsten Jahr verringern, so dass also eine Kürzung der Ausgaben oder eine Ausweitung des Haushaltsdefizits erforderlich sein wird. Ersteres würde die Proteste derjenigen gesellschaftlichen Gruppen hervorrufen, die von einer solchen Reduktion betroffen wären, letzteres dagegen würde die Erfüllung der Voraussetzungen in Frage stellen, die von einem Beitrittskandidaten verlangt werden, und möglicherweise den Beitrittsprozess selbst verlangsamen. Die Entscheidung wird nicht leicht werden und die Opposition wird sie sicherlich nicht erleichtern. Die *PiS* sabotiert bereits den Plan, den Euro 2012 einzuführen, wofür eine Verfassungsänderung notwendig ist (und zwar der Teile, die der Polnischen Nationalbank ihre Unabhängigkeit in der Geldpolitik garantieren und ihr die Ausgabe des sich im landesweiten Umlauf befindlichen Geldes übertragen).

Das zweite Prestigeprojekt, gleichen Namens und Zeitraums, ist die Organisation der Fußballeuropameisterschaft EURO 2012, die in Polen und der Ukraine

ausgetragen wird. Dafür ist es notwendig, bedeutenden Aufwand (finanzieller und organisatorischer Art) im Bereich Infrastruktur zu betreiben und viele Investitionen vorzunehmen, um den Standard zu verbessern. Der Stand der Vorbereitungen und die Fortschritte in diesem Bereich werden ein wichtiges Kriterium zur Beurteilung der Regierungstätigkeit sein. Zurzeit ist eine systematische Verbesserung und zunehmende Dynamik festzustellen; allerdings könnten ambitionierte Straßenbauprojekte (Autobahnen) unverwirklicht bleiben, was sich negativ auf das Ansehen der Regierung niederschlagen würde – insbesondere, da Donald Tusk seine Vorgänger scharf für ihre Saumseligkeit kritisiert hat und die Kompetenz im Bereich Autobahnbau in der öffentlichen Meinung zu einem der wichtigsten Kriterien für die Beurteilung der Regierung wurde.

Die größte Bewährungsprobe wird aber die Einführung von Renten- und Gesundheitsreformen sein. In der ersten Frage sind die Entscheidungen bereits getroffen, das entsprechende Gesetz (die eingeschränkte Möglichkeit des Eintritts in den vorzeitigen Ruhestand) wurde vom Parlament verabschiedet und auch die sich verstärkenden gesellschaftlichen Proteste können keine Rücknahme dieser Änderungen erzwingen. Auch der Staatspräsident hat nur begrenzte Möglichkeiten, es zu blockieren, denn wenn es nicht in Kraft träte, würden vom 1. Januar 2009 an alle bisherigen Rentenprivilegien ersatzlos erlöschen.

Die Reformen im Gesundheitssystem konzentrieren sich auf die kommerzielle Umstrukturierung medizinischer Einrichtungen, vor allem von Krankenhäusern, die unter der Schuldenlast zusammenzubrechen drohen, obwohl die Schulden häufig vom Staat gezahlt bzw. eingefroren wurden. Die Opposition und der Präsident sind dagegen und malen das Schreckensbild einer

Privatisierung des Gesundheitswesens. Dies entspricht jedoch nicht der Wahrheit, da die kommerzialisierten medizinischen Einrichtungen den Patienten kostenlose Dienstleistungen anbieten und dafür von den Krankenkassen bezahlt würden. Die Kommerzialisierung würde vielmehr der Transparenz der Verwaltung und Finanzkontrolle dienen. Die Regierung kann diesen Widerstand umgehen, indem sie eine angemessene außergesetzmäßige Transformation mit Hilfe der Selbstverwaltungen ermöglicht. Dies würde aber nicht das grundlegende Problem der öffentlichen Gesundheitsfürsorge lösen, das in der Regulierung des Zutritts zu kostenlosen und immer differenzierteren und komplizierteren – und dadurch auch immer kostspieligeren – Behandlungen besteht.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Regierung von Ministerpräsident Tusk nach einer mehrmonatigen Phase des Stillstands in eine gesetzgebende und reformierende Offensive eingetreten ist, die allerdings auf den Widerstand einer voreingenommenen oder sogar feindlich eingestellten Umgebung stößt. Die Art und Weise, wie die Regierung damit umgeht, wird über die Umsetzung der dargestellten ambitionierten Pläne mitentscheiden. Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise schafft außerdem weitere Gefahren und Probleme, die es der Regierung erschweren können, erfolgreich zu sein. Es bleibt abzuwarten, ob und in welchem Maß die öffentliche Meinung die Regierung für sich daraus eventuell ergebende Misserfolge verantwortlich macht. Bisher unterstützt die Öffentlichkeit die Regierung und vertraut ihr, aber es gibt Anzeichen, dass der Vertrauenskredit deutlich schmilzt, unabhängig von den allgemeinen Schwierigkeiten auf dem Kreditmarkt.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Über den Autor:

Janusz A. Majcherek ist Professor am Institut für Philosophie und Soziologie an der Pädagogischen Universität Krakau. Seine Analysen und Kommentare zur polnischen Politik, Gesellschaft und Wirtschaft werden v. a. in der Tageszeitung »Gazeta Wyborcza« und der katholischen Wochenzeitung »Tygodnik Powszechny« sowie in Fernseh- und Radiosendungen veröffentlicht.